

**Begehrte für Politik,**  
Unterhaltung, Geldmarkt, etc.  
...  
40. Jahrgang.

# Dresdner Nachrichten

Erstes **Tapeten-Special-Geschäft** Dresdens  
**F. Schade & Co.,**  
Fernepr.-Amt I, 488. \* Victoriastrasse 2. \* Fernspr.-Amt I, 488.

**Thüre zu!**  
(D. R. P.)  
Vollkommenster, selbstthätiger geräuschloser  
**Thürschliesser.**  
75,000 Bl. im Gebrauch.  
Prospecte gratis u. franco.  
**Curt Heinsius,**  
Königl. Hochhofsbeamter,  
Dresden-N.,  
Karlstrasse, Ecke Theater.  
(Fernspruchamt II, Nr. 2100.)

**Natürl. Mineralwässer,**  
garantirt diesjährige frische Fällung, im inneren Stadtbezirk  
freie Zusendung, nach auswärts unter billigster Berechnung  
der Verpackungsgespen.  
**Königl. Hofapotheke, Dresden.**

**Baby**  
- Kleiderchen  
- Tragekleiderchen  
- Röckchen  
- Schürzen  
- Hüthen  
- Schuhen  
- Lätzchen  
- Wagentdecken  
**Hermann Arndt,**  
Bantzuerstr. 46

Gegründet 1867.  
**Bettfedern und Daunen,**  
genährte Inlets in jeder Preislage empfiehlt das  
**Special-Geschäft von Julius Udluft**  
An der Mauer 3 Kgl. Hoff. Ecke Seestrasse.

**Zum Blumen-Corso letzte Neuheiten Damenhüten** das Putz- u. Modewarenhaus **C. Heinrich Barthel.**  
Waisenhausstrasse 30

Nr. 130. Spiegel: Umsturzvorlage im Reichstage. Nachrichten, Städtevertreter beim Fürsten Bismarck. Vermuthliche Witterung: Freitag, 10. Mai.

**An unsere geehrten Inserenten**  
richten wir das dringende Ersuchen,  
die für die **Montags-Nummern**  
bestimmten Inserate uns möglichst zeitig,  
d. h. an den **Sonnabenden** zugehen zu  
lassen. Für die in den **Geschäftsstunden**  
an **Sonn- und Feiertagen** aufgegebenen  
Inserate wird für deren Erscheinen in  
der nächsttägigen Nummer eine Gewähr  
nicht geleistet.

## Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

### Politisches.

Endlich! Dieser allgemeine Seufzer der Erleichterung gilt der Thatsache, daß der Reichstag am Mittwoch nach langem Hin- und Würgen schließlich doch dazu gelangt ist, der Umsturzvorlage 2. Lesung in Trab zu bringen. Am Dienstag hatte bereits alle Welt auf ein interessantes Schauspiel gerechnet. Die Tribünen des Hauses waren gefüllt voll in Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. Die Senationslisten hatten aber die Rechnung ohne die Wahlprüfungskommission gemacht und so kam es, daß ihnen von dieser ein Strich durch die Erwartung gezogen wurde. Um ganze zwei Wahlen handelte es sich, die demnach des Vorgesetzten und Breiten auseinander gezogen wurden, daß eine volle Sitzung damit verfallen ging. Freilich, an einer Reichstagsitzung pflegt gemeinlich nicht so viel zu sein, daß man über einen solchen „Verlust“ gerade sehr betrübt sein dürfte. Auch haben die Reichstagsmitglieder Zeit genug zur Verfügung, besonders da sie keine Pläne befehlen, sobald man kein Recht hat, ihnen mit dem Hinweis zu kommen: „Zeit ist Geld“. Immerhin ist es aber eine dem gewöhnlichen Unterthanenverständnis choquirende Thatsache, daß derselbe Reichstag, der zur Erledigung der Frage, ob unschuldig Verurtheilte endlich im Deutschen Reiche ihr Recht werden soll, keine Zeit finden kann, zur Erklärung der Ungültigkeit zweier Mandate eine ganze Sitzung draufschicken läßt. Immer langsam voran, immer langsam voran, damit die Reichstagsparade hübsch nachkommen kann.

Das langsame Tempo ist besonders störend, wenn es sich um eine Umsturzvorlage handelt, da man mit dem Umsturz doch möglichst schnell fertig zu werden trachten muß. Statt dessen bemüht sich dieser Reichstag, möglichst langsam nicht mit dem Umsturz selbst, sondern mit der gegen den Umsturz und noch etwas Anderes gerichteten Umsturzvorlage fertig zu werden. Der Reichstagspräsident Fürst Hohenhausen berührte diesen Punkt mit sanfter Ironie, indem er meinte, die verbündeten Regierungen hätten geglaubt, sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß sie mit Bezug auf die Vorlage der Zustimmung wenigstens des Theiles der Bevölkerung sicher sein würden, der am lautesten nach Schluß und strengeren Strafbestimmungen gerufen habe. Bei dieser Erklärung des Reichstagspräsidenten hielt sich der ganze Reichstag den Vorschlag vor: eine umstürzlerische Heiterkeit, die eigentlich auch mit unter die Vorlage fiel. Eine gleich muntere Laune zeigte das Haus, als der Reichstagspräsident sagte, er verziehe die Leute nicht, die Entschuldigungsverordnungen abhielten. Ueberhaupt ließ sich nicht verkennen, daß das Haus während der ganzen Verhandlung dauernd zu einer Heiterkeit gestimmt war, die zu dem tiefen Ernst der ganzen Angelegenheit fast in einem peinlichen Widerspruch stand.

Aus den Ausführungen der Parteiführer dürfte fort und fort das Leitmotiv heraus: „Ach mag sie nicht, nimm Du sie.“ Keine Partei wollte mit der Vorlage so recht etwas zu thun haben. Sogar das Centrum erklärte lebhaft, daß es in der zweiten Lesung für die Kommissionsbeschlüsse stimmen werde. Die Schlussabstimmung aber, veränderte der Abgeordnete Reindl mit einem Ernst, der das Haus zum Lachen reizte, „schalten wir uns vor, weil — ja nun eben, weil ...!“ Namens der Konservativen sprach Herr v. Mantuffel, der sich für einen Glückspilz hielt, weil er nicht in die Kommission gewählt worden ist. Der Redner stellte die Bereitwilligkeit seiner Partei zur Bewilligung von gesetzlichen Mitteln fest, mit denen der „gewerkschaftlichen Agitation gegen das Christenthum und den Staat entgegengetreten und jede verderbliche Agitation nach Kräften unterbunden werden kann“. Dieser grundsätzliche Standpunkt erlitt aber eine Einschränkung für den vorliegenden Fall durch den Zusatz, daß, falls gewisse konservative Abänderungsanträge abgelehnt würden, die Partei voraussichtlich nicht in der Lage wäre, für das ganze Gesetz zu stimmen. Vermerkwürdig ist die Art, wie sich der konservative Redner über die Möglichkeit eines liberal-konservativen Bündnisses äußerte: „Ach siehe nicht an, anzusprechen, daß ich in einem Falle wie z. B. bei dem Volksschulgesetz mit Freunden das Bestehen eines liberal-konservativen Bündnisses begrüßt habe. Aber in diesem Falle hat ein solches Bündnis nicht bestanden. Es ist nur ein Gespenst, das man an die Wand malen wollte.“ Vor dem konservativen Sprecher hatte der Abg. Dr. Barth die vollständig ab-

lehrende Haltung der freisinnigen Volkspartei „beurtheilt“. Herr Dr. Barth machte eine Rundreise durch die klassische Litteratur und ließ dabei das Haus im Unklaren, ob er etwas davon verstände oder nicht. Unweifelhaft geistreich wurde Herr Barth erst, als er von der Litteratur auf die Sozialdemokratie über- und dieser um den Wort ging. Bei der Gelegenheit stellte er den durch seine Originalität verblüffenden Satz auf: „Die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse an dem gewaltthätigen Umsturz der bestehenden Ordnung.“ Er der Tausend! Wenn Herr Barth das der Regierung doch nur früher gesagt hätte! Dann wäre sicherlich die Arbeitskraft der Geheimräthe nicht durch das Ausarbeiten der Umsturzvorlage vergeudet worden. Herr Barth war übrigens so sehrlich ledern, daß auch nicht ein Anflug von Lächeln während seiner Sprechthätigkeit über die Miemen der Zuhörer huschte. Um so ausgiebiger lehte dagegen der sozialdemokratische Redner, Herr Auer, die Nachkommen der Reichstagsboten in Bewegung. Nicht weniger als zwanzig Mal verzeichnet der Bericht in der Rede des Herrn Auer „Heiterkeit“ und „Große Heiterkeit“. Für die Sozialdemokraten scheint demnach der Geistesentwurf mehr eine Heiterkeits- als eine Umsturzvorlage zu sein. Herr Auer uktete in einem Athem die Jesuiten und die Freimaurer an und erklärte seine eigene Partei für den „Dritten Mann“. Soweit ging die Sache statt. Sowie er aber auf das Militär lossteuerete, bekam er den unvermeidlichen Uniformstoß und zog sich einen Ordnungsruf zu. Außerdem mußte er sich noch von dem Kriegsminister einen scharfen Jagdhieb gefallen lassen. Herr v. Bronsart sprach kurz, scharf und schneidend, wie es seine Art ist. Er macht mit den Herren des 7. Keils im Reichstage nicht viel Federlesel, sondern führt ihnen, wenn er herausgehört wird, scharf durch die Parole. Darob entseht dann jedes Mal allgemeine Unruhe in den Reihen der Sozialdemokraten und es dauert eine ganze Weile, ehe sie sich von der Wucht des Hiebese erholt haben.

Herr v. Kardorff folgte sich kurz und ungenügte die Stellung der Reichspartei mit der Erklärung, daß seine politischen Freunde die ganze Vorlage ablehnen würden, falls sie in der vorliegenden Fassung angenommen würde. Herr v. Kardorff brachte es nicht über's Herz, das Kind mit dem ihm von der Leichtigkeit beigelegten Namen zu nennen. Er sagte nicht „Umsturzvorlage“, sondern „der dem Reichstage unter Nr. 49 zugegangene Gesetzentwurf“. Das ist entschieden ein guter Witz, der eigentlich einen Heiterkeitserfolg verdient hätte. Der nationalliberale Dr. Emmencerus drückte sich etwas vorsichtiger aus: „Wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß die Vorlage noch eine Gestalt erhalten wird, die uns ihre Annahme ermöglicht.“ Viel Staat ist mit der „Nr. 49“ also auf keinen Fall zu machen. Es ist ein Ballast, der das Reichsparlament der gegenwärtigen Regierung unnütz erdichtet, dessen mit guter Manier los und ledig zu werden ihr nur willkommen sein kann. Die Frage ist nur, wie soll das gemacht werden. Soll der Reichstag an der Vorlage ein Fickwerk vernennen, sobald schließlich mit Ach und Krach ein mitterweiliges Gebilde herauskommt, oder soll er die Vorlage in Bausch und Vogen verwerfen und die Regierung bezüglich der Bekämpfung des Umsturzes auf den Weg eines Ausnahmegebietes verweisen? Die Antwort auf diese Frage hat der konservative Redner vorweg genommen, indem er sagte: „Ein Gutes hat die Vorlage doch gehabt, das ist das, daß sie mehr und mehr der Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, daß, wenn man subversive Tendenzen treffen will, man das säuerlich auf dem Gebiete des gemeinen Rechts laßt.“ Auf Grund der Erörterungen, die bis jetzt über diesen Punkt gesammelt worden sind, kann man logisch getrost noch einen Schritt weitergehen und schlechtweg behaupten, daß die gemeinrechtliche Bekämpfung des Umsturzes ein Ding der Unmöglichkeit ist.

### Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Mai.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung der Umsturzvorlage. Abg. Gröber Cent. beantragt die Strafbarkeit der Anreizung des thätlichen Angriffs gegen Beamte der Staatsgewalt, während der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes. — Reichs. Justizminister Schönstedt erklärt, die verbündeten Regierungen legten auf die Wiedereinführung der Bestrafung des Anreizens des gewaltthätigen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wie es der Antrag v. Lechow wolle, das allergrößte Gewicht. Es gehe dies zu den Punkten, von denen das Schicksal der Vorlage abhängt. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß die Nationalliberalen und die Reichspartei für den Antrag v. Lechow stimmen; hoffentlich werde dies auch das Centrum thun, das sich sonst mit sich selbst in Widerspruch setzte und die Geschäfte der Sozialdemokratie besorge. Kulturkampfvereinerungen hätten den Willen des Centrums in der Kommission getrübt. (Große Heiterkeit.) Aber der Kulturkampf werde doch schwerlich wiederkehren, er habe Niemandem gemüht. Das Centrum könne heute den bisherigen Standpunkt besser verlassen als in der 2. Lesung. Toppelt geht, wer schnell geht. (Beifall rechts.) — Präsident Herr v. Paul macht nur über das Prinzip des § 111, nicht über die Aufgabe der einzelnen Paragraphen des Strafgesetzbuchs verhandelt wird. — Abg. Venzmann (rech. V.): Die Vorlage ist ungerichtet. In Deutschland ist nicht gegeben, was ein Abweichen von den bisherigen Rechtsnormen begründete. Hoffentlich ziehen die verbündeten Regierungen nach dem Fall des Antrags v. Lechow die Vorlage zurück, damit der Reichstag sich nicht noch wiederum mit diesem Vernehmen beschäftigen muß. — Minister v. Müller: Die Regierung hat durchaus kein Material zur Verfügung gestellt zur Begründung der Umsturzvorlage und ich kann noch weiteres Material beibringen. Die Sozialdemokratie stellt sich immer noch zu harmlos hin. In einem Kolender steht sogar, die Sozialdemokratie sei die Liebe, das Reich und das Gedeihen sämtlicher fleißiger Arbeiter. Das ist doch eine infame Lüge. Wenn ich Beispiele anführe, so ruft man mit

immer zu: Das ist kein Sozialdemokrat, sondern ein Anarchist! Nicht kümmert das nicht, das sind Brüder. Redner beruft sich dann auf Neuzugungen bekannter Sozialdemokraten, Viehnecht, Stadthagen u. s. w. Letzterer habe gesagt, der Reichstag möge doch die Anarchisten bekommen: „Hier zählt man die höchsten Preise für Lumpen.“ (Beifall rechts.) Die sozialdemokratische und die anarchische Presse sind ganz gleich. Im „Vorwärts“ steht am 20. Februar, man müsse die Leute befeuern von dem schrecklichen Kaiser der Zukunftszeit. Das ist doch unerbürdlicher Blödsinn, und das ist die Partei der Liebe. Die Sozialdemokratie vertheilt im ganzen Lande eine sozialdemokratische Bibel, ein kleines Büchlein, welches ebenfalls Schmähungen auf unsere christlichen Anschauungen enthält. Wenn im Lande der Reichstag verlogen ist, wie es geht, wie es geht. Man wird der Regierung für ihre jegliche Vorlage danken. Die Regierungen werden in Ruhe diese Antwort abwarten. — Abg. Bebel (Soz.): Die Umsturzvorlage ist ein ausländisches Gewächs, entstanden aus Anlaß der Ermordung Carnot's; dabei sind nicht einmal im Auslande die betreffenden Gesetze geändert worden, nur in Deutschland soll das geschehen. In England hat man trotz des Arbeiter-Aufstandes und in Amerika trotz der großen Ausstände des vorigen Jahres gesetzlich nichts gethan. Diese Vorlage ist ein reines Tendenzgesetz, es wird zur Korruption der Rechtsprechung führen, und doch werden Sie damit gerade das Gegenteil von dem erzielen, was Sie damit erzielen wollen. An gewisser Stelle wurde ein Wort geäußert: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich allein fertig werden.“ Dieses Wort ist verzeihen. Wir wünschen uns nicht darüber, daß, wenn diese Vorlage fällt, Sie gegen uns mit einem neuen Ausnahmengesetz kommen werden, aber ich stehe, auch mit einem solchen beizuhelfen Sie nur noch den Unterzügen Ihrer famosen Gleichheitsordnung. Mit solchen Gesetzen ruiniren Sie dieselbe erst recht, mit uns dagegen werden Sie nicht fertig. Das von Herrn Müller für § 111 beigebrachte Material ist ganz unzureichend, denselben zu motiviren. Kein Geschichts- und kein Zeitungsbeleg werden den Schlingen des § 111 entgehen können, wenn er die Dinge nach materialistischer Weltanschauung beurtheilt, sie schildert wie sie sind; und Reformen verlangt. Sie können Sie glauben, daß mit denselben Mitteln, die ehemals gegen ihre Verbreitungen angewendet sind, uns jetzt erfolgreich bekämpfen können. Christus war ebenfalls ein revolutionär gegenüber der römischen Obrigkeit, wie wir es gegen die heutige thun. Man heist uns wie man damals die Christen heißt, weil gramlos nach den barbarischen Gebräuchen der damaligen Zeit. Widerstand und Unruhe. Revolutionäre sind die Grundzüge eines Reiches und zahlreicher anderer Philosophen, und revolutionäre sind die Grundzüge der modernen Staatenentwicklung seit der französischen Revolution. Ohne Verhängung dieser Grundzüge bestände kein Deutsches Reich, wären wir nicht hier. Die Wärtage in Berlin, die Erziehung Blum's und andere ähnliche Ereignisse werden schließlich begangen; das Alles wird in Zukunft unter Strafe gestellt sein durch den § 111. Das Centrum und die Konservativen haben durch ihre Anträge in der Kommission die öffentliche Aufmerksamkeit von der Vorlage abzulenken gesucht, aber vergeblich. Das Volk ahnt die Gefahren, die ihm drohen. Redner verliest Stellen aus der Predigt eines katholischen Priesters über die Wärtage, Gedichte zur Verherrlichung der Revolution von Rudolph Gottschalk, Robert Zimmermann und Wilhelm Jordan, und schildert das Bild eines süddeutschen Büchlers, das nach dem Stuttgarter Attentat erschien, welches den Fürsten Bismarck und den Reichstagspräsidenten darstellte, zwischen beiden den Teufel und darunter die Worte: „Holt, er gehört mir!“ (Große Heiterkeit.) Auch erklärte in der Kontinuität: „Man muß den Teufel haben, diese Strafgesetze zu misshandeln“, also Aufhebung zum Ungewöhnlichen gegen die Gesetze. Während des Kulturkampfes waren die schlimmsten Anschläge gegen Religion und Wissen üblich. Was wollen Herrn v. Müller's Citate gegen alle diese Dinge? Er nannte eine Auslassung des „Vorwärts“ unerbürdlichen Blödsinn, warum bringt er aber diesen Blödsinn zur Begründung der Vorlage bei? (Heiterkeit, sehr richtig.) Herr v. Müller rief, daß unsere Verfassungen stets mit einem Hauch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen werden. Nun, das dulden doch die Politiken vermittels, weil sie einsichtiger sind als ihr Ober, der Herr v. Müller. Große Heiterkeit. Wenn es nach den Wünschen des Herrn v. Kardorff und seiner Freunde ginge, würden auch die legitimen Bestrebungen der Sozialdemokratie unterdrückt. Es fehlt an jedem Bedürfnis für die neuen Strafbestimmungen, namentlich so lange das Anlagemonopol der Staatsanwaltschaft besteht. Was mit diesem Anlagemonopol erreichbar ist, das lehnen wir im Falle Kohn. Hier wird das Gesetz mit Hingen getreten unter Billigung allerhöchster Person. Präsident v. Paul: Ich bitte den Redner, die allerhöchste Person aus der Debatte zu lassen. Das ist ein alter Brauch und ein berechtigter Brauch. Den Richtern wird angesichts der politischen Parteilichkeit die Ausführung ihres Amtes immer schwerer. Das Ministium gegen die Richter erfüllt immer weitere Kreise und da wollen wir den Richtern noch weitere Befugnisse für ihr discretionäres Ermessen geben? Wenn es endlich um das Wohl des Volkes zu thun ist, der muß dieses Ministium von einer Vorlage ablehnen. Justizminister v. Schönstedt weist lebhaft die gegen die Justiz und die Richter erhobene Beschuldigungen zurück. v. Kohn und Schroder sind bereits angeklagt. Herr v. Stamm konnte bisher wegen seiner Immunität als Mitglied dieses Hauses nicht verurteilt werden. Alle übrigen Behauptungen in Bezug auf einzelne Gerichte und Entscheidungen weist der Minister mit Entschiedenheit zurück. Abg. Herr v. Hohenhausen erklärt dem Abg. Bebel in Bezug auf seine Meinung über Christus als Revolutionär entgegen und empfiehlt Bebel das Studium des Evangeliums. Redner hat sich eine feine Entschuldigungen über die ganze Vorlage noch nicht gebildet, will zunächst für § 111 stimmen, vertritt sich aber einen Nutzen von der Vorlage überhaupt nicht. Bevor man nicht auch die Revolution von oben beizuge, erlange man auch keine Ruhe in den unteren Volkstheilen. — Abg. Schall (son.) bemängelt Bebel's geschichtlich-philosophische Ausführungen, die dieser sich nach seinem eigenen Geschmach zurückgreift habe. Es habe sich gerade bei dem § 111 gezeigt, welchen Stoffes die Sozialdemokratie gegen Religion und Christenthum sätigt ist. Die Religion selbst werden die Herren wohl nicht berühren, aber solchen Angriffen gegenüber muß doch etwas zum Schutze der Religion geschehen. Diese Angriffe gegen unsere Religion, wie sie Bebel erhoben, zeigen, wie nötig das Gesetz ist. Redner verweist sich gegen die Unterstellung, als habe er das Tönnel vertheidigt und verleihe eine Grabrede, die er am Grabe eines im Duell erschossenen Offiziers in Spandau hielt, der sich auf den

Photographie-Meier „Adele“  
Garnirt, künstlerische Ausstattung von Portraits, Gruppen  
II. Striebsener Platz 11, Fereckbahnlinie (geho.)